

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 23. April 1980

am Freitag, dem 25. April 1980

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	11, 13 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3, 14 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5, 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	6, 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	2, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	2, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	7, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	9, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	10, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	2, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	2

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

1. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Welche Arbeitsschutzbestimmungen bestehen für die Mitarbeiter in Kernkraftwerken, und seit wann gibt es diese Bestimmungen?
2. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Wie haben sich die Arbeitsschutzbestimmungen für die Mitarbeiter von Kernkraftwerken bewährt, und wie sollen sie fortgeschrieben werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

3. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten einer gesetzlichen Meldepflicht von Krebserkrankungen, wie dies teilweise sowohl in westlichen wie in östlichen Ländern praktiziert wird, und verspricht sich die Bundesregierung hierdurch bessere Möglichkeiten geeigneter Hilfestellung bei zukünftigen Krebserkrankungen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

4. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Kann der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage über die Förderung von Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der photoelektrischen und photochemischen Umwandlung der Solarenergie (Drucksache 8/3799) entnommen werden, daß die Bundesregierung das zukünftige Potential zur Weiterentwicklung der Cadmiumsulfidzelle wegen des Problems der Langzeitstabilität ungünstig einschätzt, und falls ja, wie bewertet sie die sehr kostengünstigen Herstellungsverfahren von Cadmiumsulfidzellen zusammen mit der wissenschaftlich veröffentlichten Tatsache, daß die bisher beobachtete Leistungsdegradation dieser Zellen durch technisch mögliche, vollkommene Verkapselung wirksam verhindert werden kann?
5. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung bezüglich der Förderung von Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet des Thoreumbrennstoffkreislaufs?
6. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche öffentlichen Finanzmittel sind bisher hier eingesetzt bzw. sollen in den Haushaltsjahren aufgewendet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

7. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Worauf führt die Bundesregierung zurück, daß deutsche Direktinvestitionen in Entwicklungsländern sowohl nach Bestand als auch in absoluten Zahlen im Jahr 1979 abgesackt sind?

8. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
- Welche Erwägungen stellt die Bundesregierung an, die Rahmenbedingungen für deutsche Investitionen in Entwicklungsländern so zu beeinflussen, daß entwicklungspolitisch wünschenswerte Direktinvestitionen der deutschen Industrie sich wieder verstärken?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

9. Abgeordneter
Berger
(**Herne**)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung in „Grundsätzen“, „Richtlinien“ oder vergleichbaren amtlichen Mitteilungen für alle Bundesbediensteten eindeutig klarstellen, daß – entgegen der von ihr bisher vertretenen Auffassung – nach dem Urteil des Bundesdisziplinargerichts eine disziplinarrechtlich relevante Pflichtverletzung des Beamten vorliegt, wenn dieser für die DKP kandidiert oder sich sonst politisch betätigt, damit ausgeschlossen ist, daß dieser sich auf Verbotsirrtum berufen kann, weil „selbst seine maßgeblichen Vorgesetzten eine Pflichtverletzung verneinen“?
10. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU)
- Welche Effizienzsteigerung ergibt sich aus der Veränderung des Personalstands (1977 zu 1968) entsprechend meinen Anfragen am 27./28. Februar 1980 (Drucksache 8/3692) und 5./6. März 1980 (Drucksache 8/3738), und kann die Bundesregierung eine Leistungsbilanz vorweisen, die diese Veränderung sowie vor allem die damit verbundenen Mehrkosten rechtfertigt?
11. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU)
- Weshalb hält die Bundesregierung es für notwendig, nur alle drei Jahre eine Gesamterhebung des Personalstands durchzuführen, und sieht sie trotz der derzeitigen kritischen Haushaltslage die Frage der Personalkosten als eine „quantité négligeable“?
12. Abgeordneter
Stahlberg
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Ausstellung eines Bildausweises nach den jeweiligen Landesmeldegesetzen mit Hinweis auf Bundesregelungen verweigert werden kann, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus für die Bundesregelungen?
13. Abgeordneter
Dr. Wendig
(FDP)
- Bestehen nach Auffassung der Bundesregierung gegen die Bekanntgabe des Namens der Entleiher von Büchern, die in den Beständen der Bibliotheken der Bundesverwaltung geführt werden, an Bundesbedienstete und sonstige private Personen, die ebenfalls an der Entleihe interessiert sind, datenschutzrechtliche Bedenken?
14. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß wegen der Vorschriften der Datenschutzbestimmungen, die auf dem Bundesdatenschutzgesetz beruhen, Geburtstage in Pfarrbriefen oder ähnlichen Mitteilungen der Kirchengemeinden nicht mehr veröffentlicht werden dürfen, ohne daß eine Einwilligung der betroffenen Bürger vorher eingeholt worden ist, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß dadurch eine gute Möglichkeit, den Kontakt in den Pfarrgemeinden zu verstärken, aufgehoben worden ist, und sieht die Bundesregierung bejahendenfalls eine Möglichkeit, dies auf dem Wege der Gesetzgebung zu ändern?

15. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung die seit zwei Jahren unbeantwortete Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion betr. politisch motivierte Gewalttaten jugoslawischer Staatsangehöriger in der Bundesrepublik Deutschland beantworten?
16. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD) Trifft es zu, daß das Bundesverteidigungsministerium die Veröffentlichung der von der INERSOFO im Rahmen des Humanisierungsprogramms der Bundesregierung erstellten vergleichenden Untersuchung der Schreibdienste in obersten Bundesbehörden blockiert und damit die anschließende Modellphase zur Umsetzung von Veränderungsvorschlägen zur Humanisierung der Arbeitsplätze in den Schreibdiensten verhindert, und wenn ja, warum, und wann ist mit der Veröffentlichung der Untersuchung zu rechnen?
17. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Bereich des Orsoyer Rheinbogens der Bau eines Hochtemperaturreaktors gekoppelt mit einer Kohlehydrieranlage geplant ist, und wie beurteilt sie gegebenenfalls diese Planung?
18. Abgeordneter
Löher
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie sich die Umweltverschmutzung im Raum Duisburg seit 1973 entwickelt hat, und welche zusätzliche Belastung mit dem Bau eines Hochtemperaturreaktors gekoppelt mit einer Kohlehydrieranlage im Orsoyer Rheinbogen verbunden wäre?
19. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Wollen sich an dem geplanten Bau eines Hochtemperaturreaktors mit einer Kohlehydrieranlage im Bereich des Orsoyer Rheinbogens auch die VEBA und die Ruhrkohle AG beteiligen?
20. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung die Höhe der jährlich anfallenden Kosten für die Arbeit des Bundesstudentenorchesters e. V. (Junge Deutsche Philharmonie) bekannt, und in welcher Höhe hat sie in den vergangenen Jahren zur Finanzierung beigetragen?
21. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung die Schwierigkeiten bekannt, die sich aus der nicht gesicherten Finanzierungsgrundlage dieses Spitzenjugendorchesters ergeben, und sieht sie Möglichkeiten, durch Übernahme eines bestimmten Kostenanteils zur institutionellen Absicherung dieser Einrichtung beizutragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

22. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung das Durchführungsgesetz zur Vierten Richtlinie der EG zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts (Bilanzrichtlinie) vom 25. Juli 1978 vorlegen, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, falls der vorgesehene Vollzugstermin (1. August 1980) nicht eingehalten werden kann?
23. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Welche Regelung beabsichtigt die Bundesregierung im Durchführungsgesetz hinsichtlich der Zulassung von Abschlußprüfern für die vorgesehenen Pflichtprüfungen der GmbH's zu treffen?

24. Abgeordneter
Stahlberg
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß einem Untersuchungsgefangenen, dem Haftverschonung gewährt wurde, sämtliche Ausweispapiere entzogen werden sollten, und wenn ja, wie soll sich ein schwerer Straftäter Verdächtiger bei Ausweiskontrollen, Routinefahndungen oder bei Verkehrskontrollen ausweisen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

25. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die im Eigentum des Bundes stehenden Häuser — z. B. in Unna — in einen den heutigen hohen Energiekosten angemessenen Zustand (Abdichten der Fenster, Isolierverglasungen) zu bringen, so daß nicht mehr — wie jüngst in Unna — die Heizkosten die Mietkosten in den Wintermonaten übersteigen?
26. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU)
- Wie verträgt sich die Tatsache, daß die Bundesregierung die Haushaltsansätze zur Renovierung der im Eigentum des Bundes stehenden Häuser gekürzt hat, mit den Apellen der Regierung zur Energieeinsparung?
27. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein Zuschläge nach § 71 des Gesetzes über das Branntweinmonopol ab 1. April 1980 dann nicht mehr gewähren will, wenn es sich um Alkohol handelt, der auf Grund von aus dem norddeutschen Raum nach Bayern und Baden-Württemberg übertragenen Brennrechten erzeugt wird, und kann die Bundesregierung angeben, ob und inwieweit sie das Vorgehen der Bundesmonopolverwaltung selbst beeinflusst?
28. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß das Vorgehen der Bundesmonopolverwaltung, den Zuschlag nach § 71 des Branntweinmonopolgesetzes aus übertragenen Brennrechten nicht mehr zu gewähren, rechtswidrig ist, weil der Gesetzgeber in § 71 des Branntweinmonopolgesetzes keinen Unterschied zwischen originären Brennrechten im süddeutschen Raum und dorthin übertragenen Brennrechten gemacht hat?
29. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung angeben, auf welche Rechtsgrundlagen sich die Bundesmonopolverwaltung bei ihrem Vorgehen im einzelnen stützt?
30. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung angeben, in wieviel Einzelfällen Zuschläge nach § 71 des Branntweinmonopolgesetzes aus übertragenen Brennrechten entzogen werden sollen oder bereits entzogen sind und wie die finanziellen Auswirkungen sind?
31. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung bei den parlamentarischen Beratungen zur Änderung des Branntweinmonopolgesetzes im vergangenen Jahr, bei denen auch ausführlich über § 71 des Branntweinmonopolgesetzes diskutiert worden ist, nicht dargelegt, daß die Absicht bestehe, Zuschläge nach § 71 des Branntweinmonopolgesetzes durch die Bundesmonopolverwaltung kürzen zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

32. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, wonach das DDR-Staatsratsmitglied Mittag in seinen Gesprächen mit Bundeswirtschaftsminister Dr. Graf Lambsdorff und dem Bundeskanzler Wünsche hinsichtlich der Verlängerung des Swing-Abkommens vorgebracht hat?
33. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Bundesminister Dr. Graf Lambsdorff in Warschau über die neue konkrete 500 Millionen DM Bürgschaft hinaus die Bereitschaft erklärte, „weiter Kredite zur Finanzierung geeigneter Rohstoffvorhaben“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 18. März 1980) mit Hermesbürgschaften trotz der Überschuldung der Volksrepublik Polen zu sichern und ferner die allgemeine Bereitschaft, bei der Meisterung des finanziellen Desasters der Volksrepublik Polen zu helfen?
34. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) In welcher Höhe sind Ausfallbürgschaften (Hermesbürgschaften) für Auslandskreditgeschäfte im Jahr 1979 in Vergleich zu den Ostblockländern und anderen Ländern vergeben worden?
35. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) In welchem Verhältnis standen die gewährten Ausfallbürgschaften bezüglich Großunternehmen einerseits und von mittelständischen Unternehmen andererseits?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

36. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Treffen Meldungen von Associated Press vom 30. März 1980 zu, wonach allein im Monat Februar 250 000 Kilogramm Rotbarschfilet einwandfreier Qualität vernichtet und zu Viehfutter verarbeitet wurde, um dadurch den Preis hochzuhalten, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um dies für die Zukunft zu verhindern und statt dessen dies in Form von niedrigeren Preisen an die Verbraucher weiterzugeben?
37. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Hält die Bundesregierung an ihrer Absicht fest, welche sie in der Antwort auf meine Fragen 75 und 76 (Drucksache 8/3852) gegeben hat, in der es heißt, daß nach Ansicht des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten durch die sogenannte modifizierte Verbandsklage mittels eines neuen Paragraphen 29 a im Bundesnaturschutzgesetz das Mitwirkungsrecht der Verbände in seiner Wirksamkeit abgerundet werden soll, und wird die Bundesregierung den vorliegenden Referentenentwurf als Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen, unabhängig davon, ob es dafür im Bundesrat z. Z. eine Mehrheit gibt?
38. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Einführung der Verbandsklage nach dem vorliegenden Referentenentwurf keine Bedrohung unseres Rechtssystems darstellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

39. Abgeordneter
Voigt
(**Sonthofen**)
(CDU/CSU) Treffen Pressemitteilungen der „Welt am Sonntag“ vom 13. April 1980 zu, die besagen, daß Bundesminister Dr. Apel „Mitarbeiter seines Ministeriums für Parteiarbeit eingespannt“ hat, wie viele Angestellte bzw. Beamte des Hauses waren gegebenenfalls daran beteiligt, und welche Kosten sind dem Steuerzahler dadurch entstanden?
40. Abgeordneter
Hauser
(**Bonn-Bad Godesberg**)
(CDU/CSU) Trifft es zu (siehe Meldung der „Welt am Sonntag“ vom 13. April 1980), daß Bundesverteidigungsminister Dr. Apel von Beamten seines Ministeriums eine 26seitige Dokumentation über die Chancen der SPD bei der kommenden Bundestagswahl einschließlich einer Zitatensammlung von Oppositionspolitikern zum Thema Entspannungspolitik hat ausarbeiten lassen, und daß er dazu auf Anfrage hat erklären lassen, derartige Zuarbeiten seien „in allen Ministerien in Bonn so üblich“?
41. Abgeordneter
Hauser
(**Bonn-Bad Godesberg**)
(CDU/CSU) Wenn ja, wie vereinbart die Bundesregierung die Erarbeitung dieses Papiers durch Bedienstete des Bundesverteidigungsministeriums im Auftrag von Bundesminister Dr. Apel mit dem Prinzip der Chancengleichheit der Parteien und dem Neutralitätsgebot für die Bundesregierung bei Bundestagswahlen (vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977), und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es gegen Amts- und Dienstpflichten verstößt, wenn Angehörige eines Bundesministeriums sich dienstlich mit oder ohne Auftrag mit derartigen Aktivitäten befassen?
42. Abgeordnete
Frau
Krone-Appuhn
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß 1979 die Preisentwicklung – insbesondere bei den Waffensystemen Tornado, Alpha Jet und Roland – so erheblich war, daß inzwischen jeder Handlungsspielraum auf dem Gebiet verloren gegangen und – entgegen den bisherigen Erklärungen des Bundesverteidigungsministeriums – die zeitgerechte Realisierung der bisher vom Parlament gebilligten Vorhaben in vollem Umfang nicht durchführbar ist?
43. Abgeordnete
Frau
Krone-Appuhn
(CDU/CSU) Bei welchen Waffensystemen/Projekten sind überdurchschnittliche Preissteigerungen zu verzeichnen, wie sind diese zu begründen und warum waren sie nicht vorausschaubar?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

44. Abgeordneter
Merker
(FDP) Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß eine im Auftrage des Bundesministers für Verkehr vom Sozialforschungsinstitut „Socialdata“ durchgeführte Befragung zum Verkehrsreiseverhalten nach den von ihr selbst aufgestellten Kriterien „anonym“ geführt wird, wenn der Fragebogen einerseits die Aufforderung enthält, alle Vornamen der Familienmitglieder zu notieren, andererseits die unmißverständliche Aufforderung, diesen Fragebogen auch zu unterschreiben?

45. Abgeordneter
Merker
(FDP)
Welche Funktion hat die auf dem Fragebogen aufgedruckte individuelle Kennnummer und die in diesem Fragebogen enthaltene Frage, wer den Fragebogen ausgefüllt hat?
46. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU)
Treffen Meldungen zu, daß Wehrpflichtige oder Zeitsoldaten, die noch nicht volljährig sind und damit unter das Jugendschutzgesetz fallen, sich daher nur bis 22 Uhr auf dem Gelände der Deutschen Bundesbahn aufhalten dürfen, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, daß die Soldaten nicht weiterhin Gefahr laufen, unter Umständen von der Bahnpolizei von den Bahnhöfen verwiesen zu werden und somit keine Möglichkeit mehr haben, nach Hause zu kommen, und erwägt die Bundesregierung Weisungen an die Deutsche Bundesbahn zu geben, damit diese Mißstände aufgehoben werden?
47. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)
Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß mit Artikel 87 d des Grundgesetzes, nach dem die Luftverkehrsverwaltung in bundeseigener Verwaltung durchgeführt wird, und den dazu von der Bundesregierung erlassenen Ausführungsbestimmungen ein Planfeststellungsverfahren mit dem Ziel, einen Flughafen zu erstellen, nur von der Bundesregierung bzw. von einer Landesregierung im Auftrag des Bundes durchgeführt werden kann?
48. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)
Welche Konsequenzen ergeben sich daraus gegebenenfalls für die Vorschriften des Luftverkehrsgesetzes und für die einzelnen in der Planung befindlichen Flughäfen von überregionaler Bedeutung in der Bundesrepublik Deutschland?
49. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
Ist die Bundesregierung bereit, in einem erneuten Gespräch mit dem niederländischen Verkehrsminister über die Beibehaltung der Eisenbahnlinie Enschede/Gronau Verhandlungen zu führen?
50. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
Hält die Bundesregierung in Anbetracht eines ansteigenden Verkehrsaufkommens in diesem Jahr die Beibehaltung dieser Eisenbahnlinie auch im europäischen Interesse für vertretbar?
51. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU)
Besteht seitens der Bundesregierung weiterhin die Absicht, Personen- und Güterbahnhöfe, die im Zuge der Einführung des regionalen Eilzugsystems aufgelöst wurden, zu veräußern bzw. abzubauen?
52. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU)
Weshalb werden weiterhin die technischen Anlagen von Bahnhöfen ab- und ausgebaut, obwohl eine sinnvolle Wiederverwertung kaum möglich und der Ausbau dieser Anlagen unrentabel ist?
53. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
Wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Aspekt des Justizgewährungsanspruchs (Artikel 19 Abs. 4 des Grundgesetzes) die Tatsache, daß im Bundesfernstraßenabschnitt Singen — Allensbach (West) auf Grund der Anordnung des sofortigen Vollzugs des Planfeststellungsbeschlusses bereits in nicht unerheblichem Umfang mit Baumaßnahmen begonnen wird, obwohl sowohl gegen den Planfeststellungsbeschuß als auch gegen die Anordnung des sofortigen Vollzugs Klage erhoben worden ist und bisher über den Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz zur Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung noch nicht entschieden worden ist?

54. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Ist die Bundesregierung zur Wahrung des Justizgewährungsanspruchs bereit, umgehend darauf hinzuwirken, daß an der in ihrem Auftrag zu bauenden Bundesfernstraße im Abschnitt Singen – Allensbach (West) keine Baumaßnahmen vorgenommen werden, bis gerichtlich über den Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz zur Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen den Planfeststellungsbeschluß entschieden worden ist?
55. Abgeordneter
Berger
(Herne)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung im Hinblick auf die Feststellung im Urteil des Bundesdisziplinargerichts vom 28. März 1980, die Kandidatur für die DKP für öffentliche Wahlämter sei objektiv eine Dienstpflichtverletzung, die vom Bundespostminister öffentlich vertretene Auffassung aufgeben, der erklärt hat, die Zugehörigkeit zu einer verfassungsfeindlichen Partei sei nur ein Einzelelement der Bewertung, dem kein Vorrang vor anderen Einzelumständen zukomme; sinngemäß gelte dies für die Kandidatur zu öffentlichen Wahlämtern?
56. Abgeordneter
Erhard
(Bad
Schwalbach)
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß der Vertreter des Bundespostministers in dem Verfahren vor dem Bundesdisziplinargericht gegen einen aktiven DKP-Funktionär u. a. ausgeführt hat, die Kandidatur für eine verfassungsfeindliche Partei zu einem Parlament erreiche noch nicht die Schwelle des Dienstvergehens, und der Bundespostminister halte es auch für falsch, daß die Treuepflicht der Beamten nicht nach Funktionen bemessen werde, und teilt die Bundesregierung diesen Standpunkt?
57. Abgeordneter
Erhard
(Bad
Schwalbach)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung den in Frage 56 vertretenen Rechtsstandpunkt revidieren, weil er unvereinbar ist mit dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975, in dem u. a. festgestellt wird, daß eine Treuepflichtverletzung des Beamten vorliegt, wenn er für eine verfassungsfeindliche Partei aktiv wird und in dem eine Differenzierung nach den dienstlichen Obliegenheiten abgelehnt wird sowie mit dem Urteil des Bundesdisziplinargerichts vom 28. März 1980, das u. a. festgestellt hat, die Grenze zur disziplinarrechtlich relevanten Pflichtverletzung werde überschritten, wenn ein Beamter für die DKP politisch aktiv tätig ist, indem er Parteizeitschriften herausgibt, Parteiämter übernimmt oder für die DKP kandidiert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

58. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Vorhaben von Bürgern, zur Energieeinsparung Windkraftanlagen bei Privathäusern zu errichten, zumindest im Land Nordrhein-Westfalen generell mit Berufung auf § 34 des Bundesbaugesetzes abgelehnt werden, folgt die Bundesregierung dieser Beurteilung, oder hält sie es für rechtlich möglich und angebracht, in den heute nur gegebenen Einzelfällen Baugenehmigungen für solche (letztlich: Versuchs-)Anlagen zu erteilen?

59. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung hier ein (gesetzliches) Regelungsbedürfnis, und wenn ja, welche Regelung ist vorgesehen, und wann ist sie zu erwarten?
60. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Bleibt die Regierung bei der im Bericht der Bundesregierung zur Verbraucheraufklärung vom 27. September 1979 geäußerten Auffassung, daß bei einer Integration der Arbeitsgemeinschaft Wohnberatung in die Arbeitsgemeinschaft Verbraucherberatung Nachteile befürchtet werden müssen, und gilt diese Aussage auch für eine Integration der Geschäftsstellen beider Vereine?
61. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Setzt sich die Bundesregierung für die Aufrechterhaltung der rechtlichen Eigenständigkeit der Arbeitsgemeinschaft für Wohnberatung ein, insbesondere dafür, daß die Arbeitsgemeinschaft für Wohnberatung eine eigene Geschäftsstelle behält und über den fachlichen Inhalt ihrer Arbeit und die Verwendung ihrer finanziellen Mittel selbst entscheiden kann?
62. Abgeordneter
**Dr. Jahn
(Münster)**
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Bergarbeiterwohnungsbau zu beleben, ist sie insbesondere bereit, das Treuhandvermögen, das nach dem Bergarbeiterwohnungsbaugesetz von 1951 gebildet worden ist, aus Haushaltsmitteln aufzustoßen?
63. Abgeordneter
**Dr. Jahn
(Münster)**
(CDU/CSU) Wieviel Wohnungen wurden seit 1970 jährlich in Nordrhein-Westfalen im sozialen Wohnungsbau aus Bundesmitteln gefördert, untergliedert nach Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern und in Mehrfamilienhäusern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

64. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, wonach in der DDR, insbesondere in Ost-Berlin, die Grabpflegegebühren, die von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Hinterbliebenen in DM-Beträgen zu tragen sind, in den letzten Monaten drastisch erhöht wurden?
65. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß auf Grund einer Richtlinie des „Amtes für Preise und des Ministeriums für bezirksgeleitete Industrie“ der DDR vom 8. Oktober 1979 Auftraggeber aus nichtsozialistischen Ländern für Grabpflege auf Friedhöfen der DDR im Vergleich zu den Einheimischen einen unverhältnismäßig überhöhten Preis bezahlen müssen, der Preis in der Landeswährung des Auftraggebers zu entrichten ist und die Preisdifferenz in die Staatskasse der DDR abzuführen ist, um auf diese Weise eine Devisenaufbesserung zu erreichen?
66. Abgeordneter
**Dr. von
Wartenberg**
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit für Einwohner der Bundesrepublik Deutschland, in Zukunft aus ihnen zustehenden „Devisenausländerkonten B“ mit Guthaben aus Grundstückserträgen über diese zur Deckung in der DDR entstehender Aufenthaltskosten zu verfügen?

67. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, wonach im vergangenen Jahr zwei Deutsche in der DDR an das Innenministerium den Antrag auf Zulassung einer Vereinigung „Verband der Ausreisewilligen“ gestellt haben und daraufhin vom DDR Staatssicherheitsdienst verhaftet worden sind, und wie ist dieses Verhalten der DDR Behörden mit Artikel 12 und Artikel 22 des Internationalen Pakts der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte, der auch für die DDR verbindlich ist, zu vereinbaren?
68. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Wann hat die Bundesregierung erstmals von der Verhaftung der Gründer des „Verbands der Ausreisewilligen“ erfahren, und was hat sie gegenüber der DDR Regierung unternommen, um die Rücknahme dieser eklatanten Menschenrechtsverletzung zu erreichen?
69. Abgeordneter
Dr. Dübber
(SPD) Sind die Pressemeldungen richtig, daß DDR-Grenzpolizisten in Herleshausen von Reisenden die Buchstaben „BRD“ als Staatsangehörigkeit erzwingen und mit „Strafarbeiten“ drohen, wenn die korrekte Bezeichnung „deutsch“ in die Formulare eingetragen wird?
70. Abgeordneter
Dr. Dübber
(SPD) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß dieses Vorgehen der DDR-Behörden dem Grundlagenvertrag widerspricht, und auf welchem Weg wird sie die DDR zu vertragsgemäßem Verhalten veranlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

71. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung die Zahl der Aussiedler bekannt, die als Doppelstaatler gelten müssen, weil sie von der Sowjetunion aus der sowjetischen Staatsangehörigkeit nicht entlassen werden oder von der Volksrepublik Polen erst nach einem Zeitablauf von fünf Jahren entlassen werden oder von der Sozialistischen Republik Rumänien erst nach durchschnittlich einem Jahr entlassen werden, und was gedenkt sie dagegen zu unternehmen?
72. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung angesichts der rückläufigen Zahl von Aussiedlern aus der Sowjetunion im Jahr 1979 und der noch geringeren Zahl von Ausreisegenehmigungen im Monatsdurchschnitt des ersten Quartals 1980 mit der Sowjetunion verhandelt, um die Gründe hierfür zu erfahren und für eine größere Freizügigkeit einzutreten?
73. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Erfüllt die Volksrepublik Polen die Verpflichtung aus Ziffer 5 der Information vom 7. Dezember 1970, wenn sie bei Verwandtenbesuchen von Familienangehörigen in der Regel nur für eine Person der Familie zu gleicher Zeit eine Besuchsgenehmigung für den Besuch in der Bundesrepublik Deutschland erteilt?
74. Abgeordneter
Dr. Schweitzer
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Arbeitsergebnisse der bisherigen deutsch-polnischen Foren?

75. Abgeordneter
Dr. Schweitzer
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der kulturell-wissenschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China?
76. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Betrachtet die Bundesregierung die Äußerung des Botschafters der Sowjetunion Semjonow, „ein deutscher Olympiaboykott werde nicht ohne Folgen für das deutsch-sowjetische Verhältnis bleiben“, als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland, und wenn ja, was hat sie dagegen unternommen?

**B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Welche gesetzlichen, insbesondere kartellrechtlichen, urheberrechtlichen oder haushaltsrechtlichen Bestimmungen stehen einer Übernahme der UNESCO-Empfehlungen für internationale Architekturwettbewerbe (Drucksache 8/3064) in das deutsche Wettbewerbsrecht GRW (Grundsätze und Richtlinien für das Wettbewerbswesen) im Einzelnen entgegen, und ist die Bundesregierung bereit, die in den UNESCO-Empfehlungen vorgesehene und von einigen Bundesländern in Einführungserlassen zur GRW festgelegte zwingende Einschaltung der Wettbewerbsausschüsse der Architektenkammern auch für ihren Bereich festzulegen?
2. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Welche Interessen des Auslobers stehen einer Übernahme der UNESCO-Empfehlungen für Architekturwettbewerbe hinsichtlich des verbesserten Urnehmerschutzes, der Mitwirkung von Berufsverbänden und der Beauftragung von Preisträgern in das deutsche Wettbewerbsrecht GRW entgegen?
3. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob Zeitungsmeldungen zutreffen, nach denen die UdSSR in Afghanistan chemische Kampfmittel, insbesondere Napalm, eingesetzt haben?
4. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Was erwägt die Bundesregierung gegebenenfalls gegen den Einsatz derartiger Kampfmittel zu unternehmen, die mit der Haager Landkriegsordnung ebenso unvereinbar sind wie mit dem Geist des KSZE-Vertrags?
5. Abgeordneter
Männing
(SPD) Welche Informationen liegen der Bundesregierung vor über das Ausmaß des Flüchtlingsproblems des saharischen Volks infolge der Besetzung der Westsahara durch Marokko und Mauretanien?
6. Abgeordneter
Männing
(SPD) Hat die Bundesregierung zur Linderung der Not der Westsaharaflüchtlinge humanitären Hilfsorganisationen, die in diesem Gebiet tätig sind, finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt?
7. Abgeordneter
Männing
(SPD) Aus welchen Gründen sind entsprechende Unterstützungsanträge der Hilfsorganisation „Terre des Hommes“ von der Bundesregierung bislang abschlägig beschieden worden?
8. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob und wenn ja in welchem Umfang die Schweiz für ihre Staatsbürger, die in den von Polen und der Sowjetunion besetzten Gebieten bis 1945 lebten, Entschädigung für deren Vermögensverluste erhalten hat?

9. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Haben die bisher von der Bundesregierung wiederholt angekündigten, der angestrebten deutsch-polnischen Normalisierung dienenden Bemühungen bezüglich der Fürsorge für deutsche Gräber und Kriegsgräber im Verwaltungsbereich der Volksrepublik Polen (vgl. Fragen vom 16. und 17. Mai und 16. November 1979) zu irgendeinem Ergebnis oder wenigstens zu einer politischen Reaktion geführt?
10. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Wie werden die Rechte der Deutschen im Sinne von Artikel 116 des Grundgesetzes im Konsularabkommen zwischen der DDR und Frankreich gewahrt?
11. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei den Verhandlungen mit der Republik Türkei darauf hinzuwirken, daß die Lage der Christen namentlich in der Osttürkei spürbar verbessert wird, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die vor Übergriffen geflohenen türkischen Christen zum größten Teil nicht der Gruppe der sogenannten Wirtschaftsasylanten zuzuordnen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

12. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Treffen Pressemitteilungen zu (z. B. Spiegel, Nummer 15, Seite 178), wonach Geheimpolizisten aus Libyen, „die unter anderem in der Bundesrepublik Deutschland libysche Studenten und Geschäftsleute überwachen“, beim Bundeskriminalamt ausgebildet werden?
13. Abgeordneter
Hansen
(SPD) An welche anderen Staaten gibt die Bundesrepublik Deutschland Ausbildungshilfe für die Polizei?
14. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Welchen Stand hat das Antragsverfahren der Landeshauptstadt München auf Förderung der Errichtung öffentlicher Schutzräume in Verbindung mit unterirdischen baulichen Anlagen (Mehrzweckbauten) bezüglich der Anlagen Heimeranstraße, Fouquéstraße 31 und Fellstraße 25 a, und mit welchen Mittelzuweisungen ist in diesen Fällen zu rechnen?
15. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Welche Richtlinien gibt es hinsichtlich der Art der Durchführung von Sicherheitskontrollen auf bundesdeutschen Flughäfen?
16. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Besteht die Absicht, die Sicherheitskontrollen auf den bundesdeutschen Flughäfen zu vereinheitlichen?
17. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Warum sind die früher zur Kontrolle benutzten „Torsonden“ überwiegend durch offensichtlich weniger gründliche „Handsonden“ ersetzt worden?
18. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Warum hat der Bundesinnenminister noch nicht seine Zustimmung zur Wiederinbetriebnahme des seit Juli 1978 stillgelegten Kernkraftwerks Brunsbüttel erteilt, obwohl nach Auffassung der zuständigen Genehmigungsbehörde des Landes Schleswig-Holstein kein Grund mehr vorliegt, die Wiederinbetriebnahme zu verweigern, und wann ist mit der Zustimmung zu rechnen?

19. Abgeordneter
Gansel
(SPD) In wieviel Fällen sind Beamte in den Jahren 1978 und 1979 gemäß § 78 des Bundesbeamtengesetzes dem Dienstherrn gegenüber schadensersatzpflichtig geworden oder von ihm in Regreß genommen worden, und in welcher Höhe sind gegebenenfalls entsprechende Geldzahlungen geleistet worden?
20. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Was wird die Bundesregierung tun, um die mit einer neuen Verwaltungsvorschrift zum Bundesbesoldungsgesetz verbundenen negativen finanziellen Auswirkungen auf den Unterhalt von Kindern alleinerziehender Mütter und Väter im öffentlichen Dienst und bei den Kirchen schleunigst zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

21. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Wird die auf Treibstoff seitens der Bundeswehr zu entrichtende Mineralölsteuer in vollem Umfang ohne Anrechnung auf eventuelle Erhöhung des Verteidigungsetats diesem Etat wieder zugeführt?
22. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die wachsenden Bestrebungen in der EG-Kommission, zur Finanzierung des EG-Haushalts und energiepolitischer Maßnahmen sowie zur Reduzierung des Energieverbrauchsanstiegs den allgemeinen Energieverbrauch, die Verwendung schweren Heizöls bzw. Mineralölimporte durch eine EG-Steuer bzw. einen EG-Zoll fiskalisch zu belasten?
23. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Mit welchen steuerlichen Belastungen sind Mittel für die Denkmalspflege belegt?
24. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Erwägt die Bundesregierung, Arbeitsleistungen von Zollbeamten, sofern sie Aufgaben des Bundesgrenzschutzes durchführen, teilweise auf die Wehrpflichtzeiten anzurechnen, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

25. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wie stark sich höchste französische Regierungsstellen an Aktionen beteiligen, dem französischen Verbraucher den Kauf von ausländischen besonders auch deutschen Erzeugnissen durch moralischen und faktischen Druck unmöglich zu machen, und ist sie bereit, Art und Ausmaß dieser Aktionen, die z. B. in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 27. März 1980, Seite 13 (Wirtschaftsteil), geschildert werden, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu überprüfen und sie zum Gegenstand der nächsten Konsultationen mit der französischen Regierung im Rahmen des deutsch-französischen Abkommens zu machen, da es sich gegebenenfalls um einen Verstoß gegen dieses Abkommen handeln würde?

26. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß eine deutsche Firma, die sich in Südfrankreich niederlassen wollte, deshalb gescheitert ist, weil französische Produzenten dagegen Sturm liefen, und ist die Bundesregierung bereit, diese den Grundregeln der Europäischen Gemeinschaft widersprechenden Praktiken sowohl in Paris als auch in Brüssel zur Sprache zu bringen und für ihre Abschaffung zu sorgen?
27. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Rahmen des Aktionsprogramms „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ die von einer Massenentlassung bedrohten vierzig Arbeitsplätze der Firma Sportavia-Pützer (Tochterunternehmen von VFW-Fokker Bremen) in Dahlem, Kreis Euskirchen, zu sichern, oder könnten noch andere Maßnahmen des Bundes zur Erhaltung dieser Arbeitsplätze in Betracht kommen?
28. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Touristikunternehmen für die Teilnahme an Reisen zu den geplanten 22. Olympischen Sommerspielen in Moskau als äußerstes Rücktrittsdatum mit einer Annullierungsgebühr von 20 v. H. den 25. April 1980 festgesetzt haben, und was gedenkt die Bundesregierung zum Schutze von Reisenden zu tun, die auf Grund einer andersartigen Entscheidung des Bundes nach dem 24. Mai (wie von der Bundesregierung angekündigt) dann erst von einer Teilnahme zurücktreten?
29. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung einen Frachthilfesatz von 20 v. H. bei Versand von Schnittholz aus dem bayerischen Zonenrand- und Frachthilfegebiet noch für angemessen, nachdem für andere Gebiete, die weitaus günstiger zu den Märkten liegen, ein Frachthilfesatz von 15 v. H. festgelegt wurde?
30. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß durch den geringen Unterschied der Frachthilfesätze eine beträchtliche Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der revierfernen bayerischen Säge- und Holzverarbeitungsbetriebe eingetreten ist?
31. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß ein Wasserkraftwerk, das in Verbindung mit der in Diskussion befindlichen Rheinstaufstufe Au/Neuburgweier gebaut würde, einen erheblichen Teil der Staustufenkosten durch die Erlöse aus dem Stromverkauf amortisieren würde, und wenn ja, in welchem Umfang wäre dies der Fall?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

32. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Wenn Bonn und Brüssel von den Kosten der EG-Agrarpolitik sprechen, sind darin auch die Ausgaben z. B. für die Neuseelandbutter, den AKP-Zucker, die Nahrungsmittelhilfe und ähnliche Verpflichtungen (wie Lomé- und Mittelmeerabkommen) enthalten, und wie hoch sind diese gegebenenfalls zu beziffern?

33. Abgeordneter
Paintner
(FDP) In welchen räumlichen Schwerpunkten sind jene 100 000 landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe angesiedelt, die nach Angaben der Bundesregierung das untere Viertel in der Einkommensentwicklung bilden, und gibt es in den entsprechenden Regionen Schwerpunktprogramme etwa zur Förderung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze und dergleichen?
34. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Welche Wirkungen der bisherigen EG-Maßnahmen auf dem Milchsektor (z. B. Umstellungsprämie) sind erkennbar, und wo ist gegebenenfalls eine Änderung oder Verstärkung erforderlich?
35. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Welche zusätzlichen Kosten auf dem Agrarsektor werden ungefähr aus dem neuen Handelsabkommen der EG mit Jugoslawien anfallen, und werden diese Kosten auch wieder der gemeinsamen Agrarpolitik angelastet werden?
36. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß das holländische WIR-Gesetz außer im Bereich der deutschen Geflügelzucht auch wettbewerbsverzerrende Auswirkungen auf andere Bereiche der Landwirtschaft, z. B. die Milchproduktion hat?
37. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, welche Auswirkungen der in der Antwort auf die Mündliche Frage des Abgeordneten Susset (Drucksache 8/3344, Frage A 96) angekündigte Beschluß des niederländischen Kabinetts zur Abschaffung der Prämien für den Legehennenkauf auf die z. Z. auf Grund des in Frage 36 genannten niederländischen Gesetzes noch bestehende Wettbewerbsverzerrung zwischen deutschen Landwirtschaftsbetrieben und niederländischen Konkurrenten gehabt hat?
38. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) Gedenkt die Bundesregierung, über den Bereich der angesprochenen Geflügelzucht hinaus, auch in anderen Bereichen bestehende Wettbewerbsverzerrungen durch entsprechende Initiativen zu beseitigen?
39. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Sind nach Kenntnis der Bundesregierung Informationen zutreffend, daß Tollwutfälle in der Bundesrepublik Deutschland zunehmen, und kann man mögliche Gefahren, vor allem für Haustiere, durch vorbeugende Impfaktionen verhindern?
40. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP) Treffen Meldungen zu, wonach derzeit die deutschen Bauern zum Interventionspreis von 25 DM pro 100 Kilo ihre Äpfel an die EG verkaufen, die sie dann zum Großteil vernichtet, während die deutsche Fruchtsaftindustrie nur 15,50 DM anbietet und deshalb teilweise von außerhalb der EG Apfelsaftkonzentrate importieren muß?
41. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung — falls die in Frage 40 genannten Meldungen zutreffen — diesen Sachverhalt unter dem Aspekt der ohnehin den Steuerzahler belastenden EG-Agrarpolitik, und was wird die Bundesregierung tun, damit die auch für die EG letztlich kostengünstigere Abnahme dieser Äpfelüberschüsse durch die deutsche und eventuell europäische Fruchtsaftindustrie erreicht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

42. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Herrn Christoph Bresgen aus Bad Münstereifel von der Ableistung des Zivildienstes freizustellen?
43. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU) Hat der Bundesbeauftragte für den Zivildienst eigene Modelle im „Sozialdienst für Senioren und Behinderte“ in Zusammenarbeit mit SPD-Abgeordneten entwickelt und der Öffentlichkeit gegenüber vorgestellt, und wenn ja, gehört dies zu seinen Aufgaben?
44. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU) Hat der Bundesbeauftragte für den Zivildienst sein in Würzburg am 29. März 1980 der Presse vorgestelltes Modell außer der Arbeiterwohlfahrt auch anderen „Freien Trägern“ der Altenhilfe angeboten?
45. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Warum legt die Bundesregierung den Berechnungen in ihrem Renten Anpassungsbericht eine Entwicklung der Arbeitsentgelte zugrunde, die eine ständige kräftige Geldentwertung beinhalten, und ist sie nicht der Meinung, daß diese Berechnung als Inflationspolitik bezeichnet werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

46. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) Sind Presseberichte zutreffend, nach denen am 27. März 1980 im Heeresinstandsetzungswerk 870 in Bad Bergzabern auf Betreiben der Gewerkschaft ÖTV hin ein Warnstreik stattgefunden hat, und hält es die Bundesregierung gegebenenfalls für möglich und rechtlich zulässig, daß solche oder vergleichbare Einrichtungen der Bundeswehr auch bei anderer Gelegenheit und zum Beispiel auch im Verteidigungsfall durch Streiks lahmgelegt werden könnten?
47. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Welche militärisch-strategische Bedeutung mißt die Bundesregierung der von der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen gemeinsam gebauten Breitspurstrecke bis Kattowitz/Oberschlesien zu?
48. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Ist dem Bundesverteidigungsminister bekannt, daß deutsche Verteidigungsattachés im Ausland oft wegen ihres niedrigen Dienstgrads gegenüber Attachés anderer Nationen vor erheblichen protokol-larischen Problemen stehen, und wenn ja, ist in diesem Bereich an die Einführung von „temporary-ranks“ gedacht?
49. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß beabsichtigt ist, auf der sogenannten Vollrather Höhe in Grevenbroich militärische Einrichtungen im Rahmen von Planungsüberlegungen der Bundeswehr und der verbündeten Streitkräfte für den linksniederrheinischen Raum zu installieren, und um welche Einrichtungen handelt es sich dabei im einzelnen?

50. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU) Welcher Geländebedarf liegt für eine entsprechende Planung vor, und in welchem Umfang wird dadurch die Vollrather Höhe in Übereinstimmung mit anderen Planungen für derartige Zwecke im linksrheinischen Gebiet durch militärisches Sperrgebiet in Anspruch genommen?
51. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welche Beschränkungen im einzelnen bei der Einrichtung militärischer Anlagen auf der Vollrather Höhe in Grevenbroich für das wesentliche Naherholungsgebiet in einer Stadt, die durch eine starke Konzentration von Belastungen (Braunkohletagebau, Kraftwerke, Autobahnplanungen, mangelnde Krankenhausversorgung) gekennzeichnet ist, zu erwarten sind, und sind gegebenenfalls andere Standortuntersuchungen nach welchen Kriterien im einzelnen angestellt worden?
52. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen ist bisher eine Information der Öffentlichkeit unterblieben und eine entsprechende Anfrage an das Bundesministerium vom 21. Februar 1980 bisher nicht beantwortet worden?
53. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, demzufolge im Bundesverteidigungsministerium eine Dokumentation unter dem Titel „Die Bundesrepublik sieben Monate vor der Wahl“ erstellt worden ist, und welchen Sinngehalt soll gegebenenfalls diese Dokumentation erfüllen?
54. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Seit wann und in welchem Ausmaß werden gegebenenfalls im Bundesverteidigungsministerium wahl- und wahlkampfbezogene Dokumentationen angefertigt, und welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen den Terminen einer Wahl und dem Verteidigungsauftrag der Bundeswehr?
55. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Pressemeldungen vom Anfang April 1980 bekannt, wonach das Vermittlungspersonal einer zentralen Dienststelle der Bundeswehr in Köln Anrufer nicht weitervermittelte, sondern sie im Gegenteil darüber belehrte, daß Gespräche nicht vermittelt würden, weil auf Anweisung der ÖTV gestreikt würde, und wie bewertet die Bundesregierung diesen Zustand?
56. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch dieses Verhalten der Dienstbetrieb in den Einheiten und Verbänden im gesamten Bundesgebiet erheblich beeinträchtigt worden ist, weil Entscheidungen nicht getroffen werden konnten, und wie will die Bundesregierung in Zukunft verhindern, daß durch Streikaufrufe der ÖTV der Dienstbetrieb ganz oder teilweise zum Erliegen kommt?
57. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, in welchen Dienststellen und Bereichen der Bundeswehr im gesamten Bundesgebiet es bei einem Streikaufruf der ÖTV auch in Zukunft möglich wäre, daß bestimmte Bereiche lahmgelegt werden könnten, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?

58. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung – im Interesse des Auftrags der Bundeswehr – gegen die Teilnehmer am Warnstreik der ÖTV ergriffen bzw. geplant?
59. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Ende Oktober 1979 ein Wehrübender an der Schule der Bundeswehr für Innere Führung in Koblenz sich geweigert hat, Uniform anzuziehen, und wie bewertet die Bundesregierung dieses Verhalten?
60. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) Billigt die Bundesregierung ein derartiges Verhalten von wehrübenden Soldaten, und ist sie bereit, diese Billigung bzw. Nichtbilligung den Lehrgangsteilnehmern auch zu erklären, die von diesem Vorfall Kenntnis bekamen?
61. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Bereich des Bundesverteidigungsministers durch bereits im letzten Jahr erfolgte Streichungen bzw. Kürzungen von Haushaltsmitteln im gesamten Bereich der Bundeswehr Verzögerungen von Infrastrukturmaßnahmen eingetreten sind, die die Durchführung bereits befohlener Organisationsmaßnahmen – z. B. im Zusammenhang mit dem Heeresmodell 4 – nicht mehr sicherstellen, und welche Infrastruktur- und Organisationsmaßnahmen sind davon betroffen?
62. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch diese Kürzungen und Streichungen bereits ergangene Vorbefehle bzw. Befehle für Verlegung von Einheiten und Teileinheiten nicht ausgeführt werden können und daß außerdem eine größere Anzahl von Angehörigen der Bundeswehr durch bereits eingeleitete Umzugsmaßnahmen in besondere wirtschaftliche Probleme, teilweise mit Rechtsfolgen, geraten sind, und auf welche Weise wird die Bundesregierung den Betroffenen helfen?
63. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die vorhandene Beunruhigung und Unzufriedenheit in der Truppe durch diese Maßnahmen noch erheblich gesteigert worden ist, und was hat sie vorgesehen, damit die Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit des Dienstherrn gegenüber diesem betroffenen Personenkreis wieder hergestellt wird?
64. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei Kürzungen des Haushaltsansatzes für die Infrastrukturmaßnahmen nicht generell alle Vorhaben betroffen sein dürfen, und wie wird die Bundesregierung sicherstellen, daß unverzüglich jede einzelne Maßnahme überprüft und bewertet wird, damit nicht andernfalls angestrebte Sparmaßnahmen das Gegenteil bewirken?
65. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Wann wird das wehrgeschichtliche Museum Rastatt mit einer Heizung ausgestattet?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

66. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Decken sich die Erkenntnisse der Bundesregierung über das Ausmaß ernährungsabhängiger Krankheiten mit den Ergebnissen einer Befragung durch das Demoskopische Institut Allensbach, wonach 8,54 Millionen Bundesbürger angeben, Übergewicht aufzuweisen, 16,5 Millionen an Bluthochdruck oder Herz/Kreislaufbeschwerden leiden, 9,8 Millionen mit Verstopfung zu tun haben, 6,3 Millionen Leber/Nieren/Gallenleiden angeben, 2,25 Millionen sich zu den erkannten Diabetikern und 1,8 Millionen zu den Gichtkranken rechnen?
67. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Steht die schon drei Jahre zurückliegende Angabe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit über jährliche Aufwendungen in Höhe von 17 Milliarden DM für ernährungsabhängige Krankheiten mit diesem Ausmaß gesundheitlicher Schäden in Übereinstimmung, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zur Kurskorrektur falscher Ernährungsgewohnheiten einzuleiten?
68. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts die Kassenärztliche Bundesvereinigung ausdrücklich ermächtigt worden ist, außer den durch das Arzneimittelgesetz vorgeschriebenen Prüfungen eigene zusätzliche Prüfungen durch angeblich neutrale Gutachten durchzuführen und diese Arzneimittel, wenn der therapeutische Nutzen und die therapeutische Wirksamkeit nicht bestätigt werden, von der Kostenerstattung auszuschließen, und was gedenkt sie zu tun, um die alleinige Zuständigkeit des Bundesgesundheitsamts im Hinblick auf die Beurteilung des therapeutischen Nutzens von Arzneimitteln sicherzustellen?
69. Abgeordnete
**Frau
Berger**
(Berlin)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wie weit das Anwendungsverbot für den krebserzeugenden, hormonartigen Stoff Diäthylstilböstrol auch bei der Tiermast befolgt wird, und welche Erfahrungen liegen zwei Jahre nach Inkrafttreten der gesetzlichen Überwachungsmaßnahmen im Bereich des Fleischbeschaugesetzes vor?
70. Abgeordnete
**Frau
Berger**
(Berlin)
(CDU/CSU) Ist dem gesundheitlichen Schutz des Verbrauchers mit der gegenwärtigen überwachungs- und analysetechnischen gesetzlichen Regelung genügend Rechnung getragen?
71. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung die Feststellung des Direktors des Max-Planck-Instituts für Bio-Chemie in München-Martinsried, Prof. Dr. Lynen, bestätigen, nach denen sich viele heute als sicher erkannte Arzneimittel nachträglich im Tierversuch als mißbildungsfördernd erwiesen, obwohl die jahrelange Praxis ergeben hat, daß diese Medikamente bei Menschen nicht die gleichen Folgen haben, und ist es zutreffend, daß viele Tierversuche überflüssig sind, weil chemisch gesehen dasselbe Mittel von den unterschiedlichen Pharmawerken nur einen anderen Namen hat, was bedeuten würde, daß ein größerer Austausch der Versuchsergebnisse zu einer Verringerung der Tierversuche führen könnte?

72. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Ist nach Auffassung der Bundesregierung Homosexualität eine Krankheit, und wenn nein, wäre sie bereit, einen Antrag zur Streichung der Homosexualität aus der Krankheitsliste der WHO zu beantragen?
73. Abgeordneter
Dr. Schweitzer
(SPD) Ist nach Einschätzung der Bundesregierung im Hinblick auf die nach Berichten betroffener Frauen auftretenden massiven Nebenwirkungen des sich noch im Prüfstadium befindenden, bei der Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen verwendeten Medikaments „Sulproston“ mit einem Verbot dieses Mittels durch das für die Zulassung zuständige Bundesgesundheitsamt zu rechnen?
74. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten)
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung – auch unter Berücksichtigung des möglichen und des zu erwartenden Ausbaus der Transplantationsbedingungen – den gegenwärtigen und den absehbaren künftigen Bedarf an verpflanzungsfähigen Organen im Verhältnis zum tatsächlichen bzw. zum zu erwartenden Angebot an Transplantaten?
75. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten)
(FDP) Hält die Bundesregierung das junge Gebiet der Lebertransplantationschirurgie für entwicklungsfähig und förderungswürdig, und ist sie bereit, die Lebertransplantation durch Vergabe von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen zu fördern?
76. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten)
(FDP) Welchen Bedarf an verpflanzungsfähigen Lebern schätzt sie für den Fall voll ausgebaute diesbezüglicher Transplantationskapazitäten?
77. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die kürzlich vorgelegte ergänzende Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesärztekammer zur richtigen Wahl der Nahrungsfette, die sich im Kern so zusammenfassen läßt, daß Margarine nicht gesünder sei als Butter?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

78. Abgeordneter
Seefeld
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Fernfahrer eine Veränderung der Standflächen für Lastkraftwagen auf Autobahnparkplätzen in umgekehrter Richtung wünschen, um durch Anhänger und Zugwagen als „Lärmschutzzone“ mehr Ruhe in den Kabinen vor dem Fahrgeräusch der Hauptfahrbahnen zu erreichen, und ist sie bereit, derartige Vorstellungen zu verwirklichen?
79. Abgeordneter
Seefeld
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, sich für eine einheitliche Regelung für die Freifahrt von Begleitern Blinder bei den Eisenbahnen der neun EG-Staaten einzusetzen?
80. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Inwieweit verstößt nach Ansicht der Bundesregierung die von der belgischen Regierung geplante Einführung einer Autobahngebühr gegen rechtliche Bestimmungen (Kraftfahrzeugsteuer-Befreiungsabkommen von 1964, EWG-Vertrag), und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bislang auf bilateraler und auf EG-Ebene gegen die Einführung dieser Gebühr unternommen?

81. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für richtig, daß von den 174 Millionen Bruttoregistertonnen Tankerkapazität im Öltransportsektor 50 Millionen Bruttoregistertonnen allein in einem Billigflaggenland, dem jetzt durch einen Umsturz ins Gerede gekommenen Liberia, registriert sind, und entspricht es den Tatsachen, daß sich dieser Verfahrensweise, die zur Vernachlässigung wichtiger Sicherheitsstandards führt, auch die VEBA bedient?
82. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Wann ist voraussichtlich mit dem Beginn der Baumaßnahme B.70, die nach dem dem Bundestag vorliegenden Bedarfsplan für den Ausbau der Bundesfernstraßen in die Dringlichkeitsstufe I eingeordnet ist, zwischen Metelen und Rheine zu rechnen, und ist ihre Finanzierung sichergestellt?
83. Abgeordnete
Frau Berger
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob — wie im Berliner Tagesspiegel vom 15. März 1980 gemeldet — Berliner Verkehrsbehörden Radfahrern aus Sicherheitsgründen empfehlen, beim Linksabbiegen in Abweichung von der Straßenverkehrs-Ordnung die Straße zunächst parallel mit den Fußgängern am rechten Fahrbahnrand zu überqueren und erst dann die Fahrbahn zu kreuzen, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Empfehlung, und erwägt sie eine entsprechende Änderung des § 9 Abs. 2 der Straßenverkehrs-Ordnung?
84. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Welche Investitionen sieht die Deutsche Bundesbahn in diesem Jahr im Kreis Rendsburg-Eckernförde vor, und wie hoch sind für die einzelnen Maßnahmen die Kosten veranschlagt worden?
85. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Inwieweit haben die Haushaltssperren des Bundesfinanzministers Auswirkungen auf die Unterhaltung und Ausbau des Nord-Ostseekanals, auf welchem Sektor sollen Einschränkungen vorgenommen werden?
86. Abgeordneter
Dr. Schweitzer
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Planungs- und Entwicklungsstand im Hinblick auf den Ausbau des Bundesfernstraßennetzes im Kreise Ahrweiler?
87. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch die Aufnahme eines regelmäßigen Liniendienstes der DDR-Fluggesellschaft Interflug am 18. April 1980 von Berlin-Schönefeld nach Brüssel Nachteile für den Flugverkehr von Berlin-Tegel entstehen könnten?
88. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(SPD)
- Wird sich die Bundesregierung bei den für den Berlin-Flugverkehr zuständigen alliierten Stellen dafür einsetzen, daß die Fluggesellschaft Air-Berlin USA möglichst bald die Zulassung für eine regelmäßige Fluglinie zwischen Berlin-Tegel und der belgischen Hauptstadt Brüssel erhält?
89. Abgeordneter
Schreiber
(SPD)
- Wieviel Bahnhöfe im Bereich der Bundesbahndirektion Köln sind bisher behindertengerecht ausgebaut worden, und wann werden dort alle Bahnhöfe so hergerichtet sein, daß sie von allen Behindertengruppen — vor allem auch von Rollstuhlfahrern — in Anspruch genommen werden können?

90. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß infolge Kürzung der Straßenbaumittel die Erweiterung der Bahnunterführung der Wasserburger Straße in Traunstein möglicherweise nicht zügig zum Abschluß geführt werden kann, und wie ist gegebenenfalls die weitere zeitliche Abwicklung des Ausbaus dieses wichtigen Straßenstücks im Zuge der B 304 geplant?
91. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Welche Investitionen beabsichtigt die Deutsche Bundesbahn in den nächsten fünf Jahren zur Erhaltung und Verbesserung der Schienenstrecken Jossa – Wildflecken, Bad Neustadt/S. – Bischofsheim, Ebenhausen – Mellrichstadt, Haßfurt – Hofheim bzw. Breitengüßbach – Maroldsweisach vorzunehmen?
92. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen hinsichtlich der Fahrplangestaltung und der eingesetzten Garnituren im Personenverkehr beabsichtigt die Deutsche Bundesbahn aus der Tatsache zu ziehen, daß auf den in Frage 91 genannten Strecken der Personenverkehr auf der Schiene erhalten bleiben soll?
93. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bundesbahn dahin gehend Einfluß zu nehmen, daß die Verhandlungen, die zwischen der Stadt Baden-Baden und ihr über die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes Baden-Baden im Gange sind, so beschleunigt werden, daß die entsprechenden Baumaßnahmen noch in diesem Jahr, also vor Beginn der Landesgartenschau und des internationalen olympischen Kongresses, durchgeführt werden können?
94. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bundesbahn dahin gehend Einfluß zu nehmen, daß in Baden-Baden ab dem Winterfahrplan 1980/81 zumindest ebensoviele und gleichgünstige Intercity-Züge wie in Offenburg halten, um so dem Umstand Rechnung zu tragen, daß in Baden-Baden im nächsten Jahr unter anderem die Landesgartenschau und der internationale olympische Kongreß stattfinden werden?
95. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Wann werden die langjährigen ernsthaften Prüfungen einer Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Solingen-Ohligs – Remscheid – Wuppertal-Oberbarmen, die seit vielen Jahren von den Verantwortlichen immer wieder zugesichert wurden, abgeschlossen sein, und wann wird mit der Elektrifizierung begonnen werden?
96. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Wie und wann kann die Bundesregierung den Mißstand beseitigen, der im Zusammentreffen mehrerer unterschiedlicher Telefonortsnetze im Bereich der Stadt Langenfeld besteht?
97. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Wie und wann kann die Bundesregierung den Mißstand beseitigen, der darin besteht, daß Telefonteilnehmer im Ortsteil Wiescheid der Stadt Langenfeld weder im Telefonverzeichnis der Stadt Langenfeld noch in dem für die Stadt Solingen eingetragen sind?
98. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß für den Post- und Paketdienst in Nürnberg ein Raumfehlbestand von 28 000 Quadratmetern besteht, und daß es infolge der unzulänglichen räumlichen Unterbringung bereits eine Reihe von vermeidbaren Unfällen gegeben hat?

99. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Bis wann gedenkt die Bundesregierung durch welche Maßnahmen unter Zugrundelegung der für den Bereich der gesamten Bundesrepublik Deutschland geltenden Raumrichtlinien, die bestehende Raummisere in Nürnberg und damit die Gefahr für Leib und Leben der Postbediensteten zu beseitigen?
100. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- Auf welche Bestimmungen stützt sich die Erhebung von Gebühren für Funkgeräte der Feuerwehr, wie sie beispielsweise von der Feuerwehr der Gemeinde Rosdorf im Landkreis Göttingen für ihre Feuerwehrfahrzeuge und die Orts- und Gemeindebrandmeister in einer Gesamtzahl von 24 Stück angeschafft wurden (dreizehn Geräte vom Typ SEL Fug 13, elf Geräte vom Typ IFL Fug 8, neun Geräte vom Typ SEL E 285), für die insgesamt Gebühren von 1980 DM/Jahr an die Deutsche Bundespost zu zahlen sind?
101. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß diese Gebühren im Hinblick darauf gesenkt oder erlassen werden, daß bei Einsätzen der Feuerwehr eine schnelle und unkomplizierte Nachrichtenübermittlung im Interesse der Allgemeinheit liegt?
102. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- In welchem Verhältnis steht die Höhe der Gebühren zu den tatsächlichen Aufwendungen der Deutschen Bundespost für die Aufrechterhaltung eines geordneten Verkehrs (am Beispiel der Gemeinde Rosdorf)?
103. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang werden Gebühren für Funkgeräte in anderen für die Allgemeinheit wichtigen Bereichen von der Deutschen Bundespost erhoben, etwa beim Technischen Hilfswerk und beim Deutschen Roten Kreuz?
104. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Fernsprechkosten und -modalitäten insbesondere für Seeleute, für die der Fernsprecher oft für lange Zeit die einzige Verbindung zur Familie darstellt, im Vergleich mit der Gebührensituation an Land als besonders negativ eingestuft werden müssen und zwar insbesondere weil seit dem 1. Januar 1980 keine R-Gespräche mehr aus dem europäischen Ausland möglich sind, welche bisher von Seeleuten in fremden Häfen gerne in Anspruch genommen wurden, wenn noch kein Heuervorschuß an Bord kam und trotzdem die Familie angerufen werden mußte?
105. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU)
- Trifft es weiterhin zu, daß die Fernsprechkosten und -modalitäten auch deshalb als besonders negativ eingestuft werden müssen, weil für den Funkverkehr über ortsfeste Funkstellen der Deutschen Bundespost am 1. April 1980 keine Gebührensenkung wie in sonstigen Fernsprechbereichen erfolgt ist, und für ein 3 Minutengespräch über Kurzwelle eine Gebühr von 21 DM bezahlt werden muß und lediglich aus dem englischen Kanal sowie der Nord- und Ostsee die preiswerteren Gespräche über Grenzwelle geführt werden können, nicht aber aus dem Nordatlantik etwa, und gedenkt die Bundesregierung, gegebenenfalls Erleichterungen für die betroffenen Seeleute einzuführen?

106. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Kann die Bundesregierung eine Klarstellung der in Merkblättern von Versorgungsämtern enthaltenen Vergünstigungen für die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht für Schwerbehinderte nach dem Schwerbehindertengesetz veranlassen, nachdem sich beim Südwestfunk in Baden-Baden auf Grund der im Land Baden-Württemberg erlassenen Richtlinien über die Voraussetzungen für die Befreiung der Rundfunkgebührenpflicht vom 30. September 1975 in alarmierender Weise Ablehnungsbescheide an schwerbehinderte Antragsteller häufen, bei denen nach dem Schwerbehindertengesetz die Voraussetzungen als erfüllt gelten müssen?
107. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Würde die Bundesregierung gegebenenfalls mit den Ländern auf eine Angleichung der Richtlinien der Länder mit dem Schwerbehindertengesetz drängen, damit Schwerbehinderten nicht Versprechungen gemacht werden, die die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nicht halten können?
108. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) Wieviel Postämter im Bereich der Oberpostdirektion Düsseldorf sind bisher behindertengerecht ausgebaut worden, und wann werden dort alle Postämter so hergerichtet sein, daß sie von allen Behinderten­gruppen — vor allem auch von Rollstuhlfahrern — in Anspruch genommen werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

109. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Sind Mieter von Sozialwohnungen bundesrechtlich davor geschützt, daß die im Bewilligungsverfahren vorgelegte Wärmebedarfsrechnung sich nach Bezug der Wohnung als falsch erweist und beispielsweise statt 100 kcal/h-m² in Wirklichkeit mehr als 150 kcal benötigt werden?
110. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Ist vorgesehen, gegebenenfalls zukünftig zur Energieersparnis und zum Schutz der Mieter erhebliche Abweichungen vom bewilligten Wärmenachweis festzustellen und ihre Beseitigung zu veranlassen?
111. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung der Tatsache Rechnung zu tragen, daß durch schalldämmende Maßnahmen in Wohnungen die Gefahr besteht, daß Zivilschutzsirenen von gefährdeten Personen nicht mehr gehört werden?
112. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Sind im Rahmen des Bundesprogramms für den Einsatz von Finanzhilfen zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach § 72 des Städtebauförderungsgesetzes für das mittelfristige Förderungsprogramm Sanierungsvorhaben der Stadt Erfstadt (Altstadt Lechenich) und der Stadt Wesseling (Sanierung Innenstadt) im Erfkreis berücksichtigt worden?
113. Abgeordneter
Engelhard
(FDP) Gibt es Vorschriften darüber, wer eine Alternativplanung gemäß § 2 a des Bundesbaugesetzes einbringen bzw. unterschreiben kann, und welche Fristen bestehen insoweit?

114. Abgeordneter Engelhard (FDP) Gibt es Kriterien der Planungsreife, die erreicht werden müssen, um die Planung mit in die vorgezogene Bürgerbeteiligung zu bringen?
115. Abgeordneter Dr. Möller (CDU/CSU) Wie kann die Bundesregierung dafür den Nachweis bringen — wie der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Sperling festgestellt hat (vgl. „Die Glocke“ vom 3. April 1980) —, „daß 80 v. H. der Bundesbürger in guten Wohnungen leben, aber die Situation der restlichen 20 v. H. mehr Haft- als Wohnbedingungen ähnelt“?
116. Abgeordneter Dr. Riedl (München) (CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung im Hinblick auf die angespannte Wohnungsmarktlage und den Rückgang der Wohnungsbauproduktion für verantwortlich, wegen des umstrittenen Verteilungsschlüssels die Verteilung der Bundesmittel für den Wohnungsbau weiterhin zurückzustellen, und warum ist es der Bundesregierung nicht möglich, die Förderungsmittel zumindest in der Höhe der nicht umstrittenen Anteile zu verteilen?
117. Abgeordneter Dr. Riedl (München) (CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung und bis wann, mit den Ländern zu einer Einigung über den Verteilungsschlüssel zu gelangen und dabei insbesondere auch Benachteiligungen des Freistaates Bayern zu vermeiden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

118. Abgeordneter Lintner (CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß Bundesbürger bei der Einreise in die DDR neue Formulare erhielten, um auf ihnen das Kürzel „BRD“ zu verwenden, obwohl sie die ursprünglichen Formulare mit der korrekten Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“ versehen hatten?
119. Abgeordneter Lintner (CDU/CSU) Sind der Bundesregierung in diesem Zusammenhang weitere Schikanen bekannt, wie z. B. das Ansinnen von DDR-Grenzbeamten, die betroffenen Bundesbürger sollten den Satz „Ich bin ein BRD-Bürger“ mehrmals schreiben?
120. Abgeordneter Dr. Köhler (Wolfsburg) (CDU/CSU) Nach welchen katographischen Gesichtspunkten wurde die in der Aprilausgabe der vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen herausgegebenen Zeitungsbeilage „Kontakte“ abgedruckte Karte des Zonenrandgebiets erstellt, und welche Überlegungen führten dazu, die Stadt Wolfsburg als nicht verzeichnungswürdig einzustufen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

121. Abgeordneter Lenzer (CDU/CSU) Welche Abkommen bestehen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten auf dem Gebiet der Energieforschung (z. B. Kohleveredlung)?

122. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD)
- Was versteht die Bundesregierung unter „Bereitstellung operationeller Gesamtsysteme für Nutzer und Anwender aus den Bereichen der . . . wehrtechnischen Forschung“ (Seite 21 des Bundesberichts Forschung VI, Drucksache 8/3024) als Aufgabe der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt?
123. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD)
- Mit welchen Staaten und in welchen internationalen Organisationen arbeitet die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt auf dem Gebiet der Fernerkundung der Erde durch Satelliten zusammen?

Bonn, den 18. April 1980